

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Zugabe: durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Er scheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegraphische Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Spaltenzeitung ist ein
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 6 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittlich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Westflügel 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., in Frankfurt a. M.

Nummer 48 Freitag den 26. Februar 1915 26. Jahrgang

Fortschritte in den Karpathen.

England bleibt bei der falschen Flagge. — Neue belgische Minister.

Zur Organisation unserer Lebensmittelversorgung.

Die Reichsverwaltung hat sich gestern zu weiteren Schritten entschlossen, die auf den Weg zur möglichst lückenlosen Organisation der deutschen Lebensmittelversorgung führen. Dieser Organisationsgedanke steht sich unüberwindlich durch, gegen Bedenken und Genüme aller Art. Und wenn man zugleich anerkennt, daß es kein kleines ist, für ein Volk von 70 Millionen die Hauptwege der Nahrungsmittelbeschaffung und -Verteilung durch Anordnungen der Zentralinstanz zu regeln, so hat man damit auch den Maßstab für offensbare Lücken gewonnen, die in dieser Regelung noch immer vorhanden sind. Man mag in Berlin nur die Begerickung auf die Organisation gut im Auge behalten. Selbst wenn man dann manchmal stehen bleibt oder zu kleine Fortschritte macht, ist wenigstens nichts gescheitert; aber man muß unerschütterlich dabei beharren, daß wie beim Getreide, Mehl und Brot von oben nach unten durchorganisiert werden muß, von der Reichsverwaltung bis zu den Brotstationen und Brotkarten, dann wird man nicht irre gehen.

Für den Kartoffelmarkt fehlt auch in den neuen Verordnungen die Verwirklichung dieses Gedankens noch immer. Da gilt immer noch das einsichtlose Wort des preussischen Landwirtschaftsministers aus der vorgestrigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses: ein hoher Beamter des Herrn Ministers hat noch sehr billige Kartoffeln gekauft, und mit dieser Einzelbeobachtung ist die Frage erledigt. Bei solchen Auffassungen fehlt sogar, nach jeder Vorbedingung dafür, daß den Schwierigkeiten offen ins Auge geblickt wird. Wie liegen hier die Dinge? Der Direktor des Statistischen Amtes von Berlin-Schöneberg, Dr. R. Kucharski, kommt auf Grund von Angaben des Professors Wolkmann, nach welchem unsere Kartoffelernte im Jahre 1914 nur 17 Millionen Tonnen gegenüber 22 Millionen Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 betrug, und da ferner die hohen Schweinepreise fast keine Verminderung des Schweinebestandes herbeigeführt haben, die also nach wie vor von den Kartoffeln mitziehen, zu der Feststellung, daß wir unter den gegebenen Umständen nur noch 16 Millionen Tonnen Kartoffeln haben, die nur 3 1/2 bis 4 Monate reichen, wenn sie weitergewirtschaftet wird, wie bisher. Bis zur nächsten Kartoffelernte fehlen nach der Berechnung Kucharskis 12 bis 13 Millionen Tonnen; deshalb müßten die noch vorhandenen Kartoffelbestände durch die Regierung schleunigst beschlagnahmt und für die menschliche Ernährung sichergestellt werden. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ habe vor einigen Tagen die Beschlagnahme der Kartoffeln gefordert unter dem Hinweis darauf, daß die Schweine, die bereits einen großen Teil unseres Vorrats weggefressen haben, täglich noch 700 000 Doppelzentner Kartoffeln verfrachten, die für die menschliche Ernährung unentbehrlich seien. Und selbst ein so gemäßigtes Blatt, wie die „Soziale Praxis“, meint zu den schäblichsten Anläufen von örtlicher Organisationszurückgefallen und Bekämpfung dieser Schwierigkeiten.

Die Kartoffelversorgung des künftigen Marktes ist vielfach sehr schlecht geordnet. Die Verkaufseinrichtungen der Städte für Kartoffeln aus eigener Erzeugung oder Lagerung arbeiten noch wenig wirksam; in den Händlergeschäften sind Kartoffeln auch nach der neuen Höchstpreisfestsetzung für den Großhandel und für den Kleinhandel (a. B. in Berlin) teurer und zum Teil nur zu hohen Preisen zu haben. Denn wenn ein Händler Kartoffeln nur dann absetzt, falls der Käufer daneben etwas anderes kauft, das der Händler sich mit 10 bis 15 v. H. Aufschlag bezahlen läßt, so ist das Kartoffelhändler. Bisher haben die verschiedenen Höchstpreise noch keineswegs mehr Kartoffeln dem menschlichen Verbrauch zugeführt, als vorher. Ohne Beschlagnahme und bezirksweise Entziehung nach dem Bedarf der Gemeindeverbände kommen wir in der Kartoffelfrage nicht vorwärts, und diese Frage darf nicht so nachlässig wie die Brotgetreidefrage behandelt werden, sonst nehmen die Marktlücken und die Hungergefahr beim Kartoffeleinkauf leicht einen unheimlichen Charakter an.

Das stimmt auf den Punkt, und die Würdigung dieser Verhältnisse im Großen ist die erste Voraussetzung für eine organisierte Überwindung der Schwierigkeiten. Statt dessen operiert die neue Bundesratsverordnung in der Hauptsache wieder nur mit einer Heraushebung der Höchstpreise für Futterkartoffeln und erwartet, sicher vergeblich nach allen bisherigen Erfahrungen, von der selbsttätigen Anpassung des Marktes an solche Preise eine Befreiung des Angebots oder eine Einschränkung der Verfrachtung. Wenn man aber diese Folgen ernsthaft will, warum dann nicht auch hier direkt eingreifen und regeln? Daß man die Kartoffelproduktionsgesellschaft zur alleinigen Zentrale für den Stärkemarkt mit der entsprechenden Verpflichtung zur Lieferung des Notwendigen macht, ist eher ein Fortschritt zur Organisation.

Auf dem Fleischmarkt wird etwas energischer zugegriffen und das agrarische Preisinteresse weniger geschont. Der unhaltbare Zustand, daß die Gemeinden Schweine zur Herstellung von Dauerware kaufen mußten und doch denselben Landwirten, die lieber Kartoffeln verfüttert hatten, als sie zu möglichem Preise für menschliche Nahrung auf den Markt zu bringen, Phantasiapreise für die in Speck verwandelten Kartoffeln zahlen mußten, soll wenigstens eingeschränkt werden. Der freie Schweinemarkt bleibt nur für Tiere von über 100 Kilo Lebendgewicht. Für das Schlachtvieh unter dieser Grenze wird er reguliert durch die den Gemeinden endlich übertragene Enteignungsmöglichkeit und durch die Festsetzung von Uebernahmepreisen, deren ziffermäßige Höhe noch nicht bekannt ist und daher noch nicht beurteilt werden kann, die aber sicher hinter den heutigen ungeheuerlichen Preisen von 108 und 110 Mark bleiben und auf die Januarhöhe des Berliner Marktes zurückgehen sollen. Das ist ein Stück Organisation. Für das Gesamturteil darüber muß man die näheren Festsetzungen abwarten, die hoffentlich nicht von neuem enttäuschen.

Jeder durchgreifenden Regelung auf dem Lebensmittelmarkt wird das verbrauchende Publikum immer seine Unterstützung leisten, weil es dabei seine eigenen Interessen wahr. Jede Halbheit dagegen wird Widerbruch und Unbehagen auf allen beteiligten Seiten schaffen. Danach müßte die Reichsregierung noch mehr als bisher ihre Maßnahmen einrichten!

Die neuen Verordnungen.

Berlin, 25. Febr. (W. B. Amtlich.) In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: der Entwurf einer Verordnung betr. die Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen; die Änderung der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Fleischvorräten vom 25. Februar; der Entwurf von Verordnungen über Höchstpreise für Futterkartoffeln usw.; die Vorlage betr. die Erhöhung des Kontingents der Rindwarenfabriken; die Vorlage betr. den Wochenmarktverkehr; die Vorlage betr. das Verbot von Mitteilungen über die Preise von Wertpapieren usw.

Die Höchstpreise für Futterkartoffeln, für die Erzeugnisse der Kartoffelstroderei und der Kartoffelstärkefabrikation sind wesentlich erhöht und gleichzeitig sind für den Abzug dieser Erzeugnisse durch die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft erweiterte Befristungen erteilt. Infolge des Futtermittelmangels, der durch die Beschlagnahme des Getreides jüngst besonders scharf geworden ist und infolge der starken Steigerung der Futtermittelpreise, ist die Kartoffel zurzeit gegenüber den übrigen Futtermitteln unverhältnismäßig billig. Daher ziehen rechnende Landwirte davon ab, ihre Kartoffeln zur Kartoffelstroderei oder zur Stärkefabrikation zu verwenden, sondern verfüttern sie an ihr Vieh. Um dem entgegenzuwirken, erhöht der Bundesrat die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffelstroderei, sowie der Kartoffelstärkefabrikation bei den Produzenten auf 35 Mark für den Doppelzentner Kartoffelsoden und 48 Mark für den Doppelzentner Kartoffelstärke, wodurch den Betrieben die Wirtschaftsmöglichkeit erhalten wird, auch wenn sie Rohkartoffeln zum Preise von etwa 3 Mark erwerben müßten. Der Kartoffelstrodungs-Gesellschaft m. b. H. ist jetzt der Alleinvertrieb sämtlicher Kartoffelstärke und von Kartoffelstärkemehl übertragen worden. Sie erhält damit auch die Pflicht, die Stärke verarbeitenden Industrien, wie die Textilindustrie, in entsprechendem Umfang unter Mitwirkung der Sachverständigenkommission und des Reichskommissars zu versorgen. Endlich erhält diese Gesellschaft die Befugnis, Kartoffeln für die ihr angeschlossenen Strodereien usw. zu enteignen.

Die Uebernahmepreise für Schweine im Enteignungsfall und der Preise für Schlachtvieh haben infolge des ausgedehnten Bedarfes der Seereservearmeen, der behördlich angeregten starken Nachfrage der Bevölkerung und der umfangreichen freihändigen Aufkäufe der Gemeindeverwaltungen seit Dezember 1914 stark angezogen. Nachdem den Städten und Landgemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern die Pflicht auferlegt worden ist, sich zur Umwandlung in Dauerware Schlachtvieh zu beschaffen, sind die Preise weiter sprunghaft in die Höhe gegangen und haben jetzt einen derartigen Stand erreicht, daß die Riele der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 ernstlich gefährdet erscheinen. — Es ist daher notwendig, die Preise auf einen Stand zurückzuführen, der zwar den Schweinehaltern mit Rücksicht auf die Preissteigerung der Futtermittel einen angemessenen Gewinn gewährleistet, aber

doch den finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden Rechnung trägt und einer übermäßigen Verteuerung der Fleischnahrung für die Bevölkerung vorbeugt. Den zur Erreichung dieses Erfolges von verschiedenen Seiten angeregten Vorschlag allgemeiner Höchstpreise macht sich die Bundesratsverordnung nicht zu eigen. Es kann abgewartet werden, ob die Weiterentwicklung der Marktverhältnisse zu einer so einschneidenden Maßnahme drängen wird. Der Bundesrat hat aber das Bedürfnis zu einer Preisfestlegung für den Enteignungsfall als Mittel zur Ausübung eines Druckes zur Verminderung des Schweinebestandes insoweit anerkannt, als von der Enteignung Schweine bis zu 100 Kilogramm Lebendgewicht betroffen werden sollen, da gerade die Schweine der unteren Gewichtsklassen zum Zwecke einer höheren Gewinnzielung vom freihändigen Verkauf zurückgehalten werden, während zur Sicherung des Volkstheiles und der Kartoffelbestände ihre Abchlachtung besonders dringlich ist. Als Maßnahme im Uebernahmeverfahren sind daher Beträge festgesetzt, die nach Preisgebieten und Gewichtsklassen abgemittelt sind, und bei deren Ermittlung die Preise an den beiden letzten Hauptmarkttagen im Januar 1915 des Marktes und des städtischen Viehlofes in Berlin als Anhalt genommen sind. Die Höchstpreise für die Schweine höherer Gewichtsklassen dürften sich dann ohne behördliche Maßnahmen von selbst in entsprechender Weise regulieren.

Broterparnis im Heer.

Berlin, 25. Febr. Die Seereservearmeen läßt es sich angelegen sein, mit allen Kräften auf ein sparsames Umgehen mit Brot bei den Soldaten hinzuwirken. Der Tageslohn von Brot für die Truppen des Besatzungsheeres ist, wie die Korrespondenz weiter mitteilt, herabgesetzt worden. Auch soll jetzt in den Kasernen das Brot nach Bedarf in der Weise verausgabt werden, daß nicht jeder einzelne Mann ein ganzes Brot erhält, sondern indem die auf einer Stube zusammenliegenden Mannschaften gemeinschaftlich ein oder mehrere Brote empfangen. Erst nachdem dies Brot verzehrt ist, wird neues geliefert. Dadurch wird das Ueberbleiben von einzelnen Resten vermieden, und es steht zu erwarten, daß dies Verfahren, das auch in den Lazaretten eingeführt ist und sich dort bewährt, zu einer erheblichen Ersparnis an Brot führen wird. Die in Bürgerquartieren mit Verpflegung untergebrachten Soldaten haben sich mit der Kost der Quartierwirte zu begnügen. An Brot erhalten sie demnach keinen größeren Satz, als allgemein für die Zivilbevölkerung vorhanden ist. Den Kriegsgefangenen wird selbstredend auch nicht mehr Brot gewährt, wie der Zivilbevölkerung zufließt. Der Verkauf von Brot in Kantinen ist verboten worden.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 25. Februar. (W. B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Chomanzette der Gegner pekten keine bemerkenswerten Anarisse fort. Sie blieben wie die vorhergehenden trotz der angelegten starken Kräfte ohne jeden Erfolg.

Somit nichts Wesentliches.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechte am Niemen, Dobra und Karem dauern an. Die feindliche Artillerie hat die Stadt Praszana wurde gestern von österreichischen Reserveartillerie noch hartnäckigen Kämpfen im Sturm genommen. Ueber 10 000 Gefangene, über 20 Geschütze, ein großes Lager von Maschinengewehren und sehr viel Gerät fiel in unsere Hand.

In anderen Gefechten nördlich der Weichsel sind in den letzten Tagen 50 000 Gefangene gemacht.

In Polen südlich der Weichsel besetzten die Russen noch einem mit fünffacher Ueberlegenheit angelegten Angriff das Dorf Masy (südlich Polimow).

Somit nichts Wesentliches.

Bemerkenswert ist, daß der bei Augustow gefangen genommene Kommandeur der russischen 57. Reserve-Division deutsche Offiziere fragte, ob es wahr sei, daß das von den Deutschen belagerte Antwerpen bald fallen würde. Als ihm darauf die Lage im Westen erklärt wurde, wollte er nicht daran glauben, daß das deutsche Vordringen auf französischem Boden steht.

Oberste Seeresleitung.

Von der Westfront.

Aus Neuport wird dem „Berliner Kol.-Tag.“ über Antwerpen gemeldet: Die Deutschen entwickeln an der Westfront eine lebhaftige Tätigkeit, besonders bei Neuport, Bommach und Spa und an den Punkten, an denen die Ueberbrückung am geringsten ist. An den Stellen, die stark unter Wasser stehen, konnten beide Parteien sich nur unter verhältnismäßig großen Opfern zu einem Angriff vorwagen, aber an der Grenze des Ueberbrückungsgebietes nehmen die Verbündeten sehr starke Artilleriestellungen ein und hinter der Front erstrecken sich eine zahlreiche Reihe von stark besetzter Laufgräben. Die Plätze hinter der belgischen Grenze seien dermaßen befestigt, daß ein allgemeiner Vorstoß Zehntausender durch wenige Tausend aufhalten werden könnte.

Die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ meldet aus Paris: Es ist von einem deutschen Luftschiff erneut angegriffen worden. Die Bomben verwundeten einige Personen; der angetroffene Materialschaden ist jedoch gleich Null. — Die bei dem letzten Luftangriff zerstörte Eisenbahnlinie ist wieder hergestellt und der Bahnverkehr vollzieht sich wieder ungehindert.

Die Schweizerische Depeschagentur meldet: Gegenüber verschiedenen Zeitungsberichten über eine neuerliche angebliche Neutralitätsverletzung in der Gegend von Neufchâtel durch einen deutschen Flieger ist festzustellen, daß die amtliche Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Es steht nicht sicher fest, welcher kriegsführenden Partei der in Frage kommende Flieger angehört, noch ob überhaupt die Schweizerische Luftkassette verletzt ist.

Englische Dum-Dum-Gewehre.

Über einen Besuch an der Front im Westen schreibt der holländische General Prius im „Amsterdamer Vaterland“: Am Schloß der englischen Gewehre befindet sich ein scharf geränderter Einschnitt, an dem die Soldaten durch eine kleine Handbewegung die Spitze des Geschosses ausfrachten können. Es kann also nicht nur von Dum-Dum-Kugeln, sondern auch von Dum-Dum-Gewehren gesprochen werden, was in der Kriegsgeschichte noch nicht dagewesen ist. Es hat mich interessiert, ein solches Gewehr in der Hand zu haben. Es machte auf mich einen schrecklichen Eindruck.

Änderungen im belgischen Ministerium.

Brüssel, 26. Febr. (D. D. P.) Wie „La Belgique“ aus sicherer Quelle meldet, gibt der belgische Ministerpräsident de Broqueville das Vorlesende des Krieges ab, um dafür das Amt des Auswärtigen zu übernehmen. Kriegsminister wird General Michel, der die Festung Namur befehligte. Dieser Verlebenswechsel ist äußerst bezeichnend, da er beweist, daß die belgische Regierung Wert darauf legt, auf dem wichtigsten Posten nach außen hin mit den besten Kräften zu wirken.

Die Sicherung des holländischen Kolonialbesitzes.

Haag, 26. Febr. (D. D. P.) Zwischen der holländischen Regierung und den Vereinigten Staaten stehen Verhandlungen bevor, welche die Uebernahme einer Garantie für die Erhaltung des Besitzes des Hollands in dem Indischen Ozean (Niederländisch Ostindien) durch die Vereinigten Staaten zum Zweck haben. Man vermutet, daß sich diese Garantie des holländischen Kolonialbesitzes durch die Vereinigten Staaten über die schon vor Jahren ergebnislos verhandelt wurde, auch gegenüber etwaigen Gefährdungen des Niederländischen Ostindien erstrecken soll.

Die Einkreisung Englands.

Die „Amsterdamer Zeitung „Zuid“ stellt fest, daß die Riste der seit dem 18. Februar auf Minen gelaufenen oder torpedierten Schiffe der Engländer jetzt 20 Dampfer umfaßt. Von erfolgreichen Gegenangriffen durch Unterseeboote oder schnell fahrende Kreuzer der Verbündeten hört man dagegen nichts. Deutschlands Handelsflotte sei zwar von der See verschunden, und seine Kriegsschiffe, die die Oberfläche der See beherrschen könnten, betrügen nur vier an der Zahl; aber die unterseeische Gefahr lasse das englische „Aile Britannia“ jetzt wie Ironte erklingen.

Feuilleton.

Ein Martyrium in Frankreich.

Auch wir haben schon mehrfach Berichte kriegsgefangener deutscher Frauen aus französischen Gefangenenlagern veröffentlicht. Alles bisher Bekanntes wird aber übertrifft durch die Einzelheiten, die eine deutsche Kantontistin nach ihrer Gefangennahme in Paris aufgeschrieben und uns zur Veröffentlichung überlassen hat. Die Dame war bei einer Agentur angestellt und ist eine tüchtige und sachliche Arbeiterin. Wir übergeben ihren Pariser Aufenthalt und lassen sie von dem Augenblick an erzählen, wo der Pariser Internierten-Transport an seinem Bestimmungsort in Südfrankreich anlangt. Red. d. „Vollst.“

I.

Am 18. August, nachmittags 3 Uhr, kamen wir auf dem Bahnhof Parigues an, wo eine Menge Soldaten, Soldatinnen und Offiziere den Zug erwarteten. Alles aussteigen! Alleinstehende Männer mit ihrem Gepäck nach vorn! Die Männer luden ihr Gepäck auf einen bereitgestellten Wagen, traten vier und vier an, wurden abgeführt und zogen zum Bahnhof hinaus, geleitet von Soldaten mit aufgeschlagenen Bajonetten. Darauf wurden die allein stehenden Frauen, zu denen ich gehörte, in derselben Weise aus dem Bahnhof nach der Stadt geführt, deren Straßen dicht mit Kurgewandten gefüllt waren. 120 Frauen wurden in einer Schule in der Mitte der Stadt untergebracht; ich selbst und der Rest von 73 Frauen wurde nach einer leeren Fabrikhalle außerhalb der Stadt gebracht. Etwa die Hälfte der Fabrikräume war bereits mit Gefangenen angefüllt. Man führte uns in einen langen Raum, in dem sich die Lagerstätten unserer Reisende befanden. Der Fußboden war mit Stroh bedeckt. In dem uns angewiesenen Räume lag aber noch kein Stroh. Man wollte uns am nächsten Tage welches bringen. Diese Nacht mußten wir auf dem kalten Zementboden schlafen. Die Nacht war ziemlich kalt und die Räume feucht, da die Fabrik direkt am Wasser lag. Bald nach unserer Ankunft wurden wir zum Essen in einen großen Raum gerufen, in dem zwei Reihen Tische standen. Sitzgelegenheit gab es nicht; Teller und Becher reichten auch nicht aus. Am nächsten Morgen wurde uns mitgeteilt, daß jeder der 10 Centimes bezahle, Kaffee bekommen könne. Wir mußten uns an der Wasserkante waschen; eine Wäschebügel war nicht vorhanden. Zur Laus des Tages wurden unsere Namen aufgeschrie-

Einzelne Schiffverluste.

Der Untergang drei weiterer Handelsdampfer in den englischen Gewässern wird heute neu gemeldet. Nach dem „Stockholmer „Dagbladet“ hat die Mannschaft des Dampfers „Regin“, die in Dover angekommen ist, mehrere Angaben über den Untergang des Dampfers gemacht. Der Dampfer hatte sich eben wegen dichten Nebels vor Anker gelegt und wollte gerade den Anker lichten, als eine gewaltige Explosion das Schiff erschütterte. Alle die sich auf Deck befanden, fielen aufeinander. In größter Hast wurden die Rettungsboote losgemacht, in die die Mannschaft flüchtete. In wenigen Augenblicken war das Schiff gesunken. Die Mannschaft erlitt etwa drei Stunden, ehe sie von einem englischen Torpedobootszerstörer aufgenommen wurde.

Die größte englische Seeverversicherungsgesellschaft Lloyd's beabsichtigt, die Schiffe aller Neutralen, die nach Deutschland fahren, wegen der Minengefahr in den deutschen Gewässern nicht mehr zu versichern.

Die „Newport Times“ melden, daß auch das nordamerikanische Regierungsbureau für Seeverversicherung die Versicherung von Schiffen und Ladungen nach den kriegsführenden Ländern einstellen eingestellt habe.

Englischer Trost.

Wie der Mailänder „Corriere della Sera“ meldet, hat die englische Regierung am 22. d. Mts. sämtliche Proteste der neutralen Staaten gegen den Mißbrauch ihrer Flagge durch englische Handelschiffe ablehnend beantwortet. Daneben behauptet der Londoner „Daily Telegraph“, daß die englische Admiralität Mitte Februar zwei neue Panzerkreuzergeschwader in Dienst stellt. Die beiden Geschwader umfassen acht Schiffe, die mit 38,1 Zentimeter-Geschützen besetzt sind.

Weggeräumte Greuelmärchen.

„The Continental Times“ vom 22. Februar veröffentlicht aus der „New York World“ nach Informationen vom Staatsdepartement das Ergebnis der Untersuchungen, die die britische Regierung durch ihre Agenten in der Frage der den Deutschen zugeschobenen Greuelthaten gegenüber der belgischen Zivilbevölkerung hat anstellen lassen. „Gerechtigkeit! Tausende von Anklagen gegen die Deutschen als grundlos erwiesen!“ so meldet das amerikanische Blatt in großer Ueberschrift das Ergebnis des Berichts der amerikanischen Botschaft in London. Der Artikel der „New York World“ lautet:

Washington, 21. Febr. Von den Tausenden von belgischen Flüchtlingen, die sich nun in England befinden, hat nicht ein einziger von Grausamkeiten seitens der deutschen Soldaten zu leiden gehabt. Das ist in Wahrheit der wesentliche Inhalt eines Berichts, den das Staatsdepartement von der amerikanischen Botschaft in London erhalten hat. Dieser Bericht stellt fest, daß die britische Regierung Tausende von Aussagen des Inhalts, daß deutsche Soldaten sich den flüchtenden Belgiern gegenüber Ausschreitungen hätten zuschulden kommen lassen, gründlich untersucht hat. In der ersten Periode des Krieges waren die Spalten der englischen Zeitungen voll von solchen Anschuldigungen. Agenten der britischen Regierung gingen dann, laut Bericht der amerikanischen Botschaft in London, all diesen Anklagen sorgfältig auf den Grund, vernahmen die angeblichen Opfer der Greuelthaten und stellten alle Aussagen. Als das Ergebnis der Untersuchungen teilte das britische Auswärtige Amt der amerikanischen Botschaft mit, daß die Anschuldigungen aus Sympathie und natürlicher Voreingenommenheit erhoben zu sein scheinen. Der Bericht fügt hinzu, daß diese der Belgier Schwere durchzumachen hatten, daß dies aber der Unerschütterlichkeit des Krieges und nicht etwa der Brutalität des individuellen deutschen Soldaten auf die Rechnung zu setzen sei.

Der amerikanischen Botschaft konnte die britische Regierung diese mit so überzeugender Bucht festgestellte Wahrheit nicht vorenthalten. Der Welt gegenüber aber schweigt sie; Reuter meldet kein Wort von der ganzen Sache. England hat eben noch wie vor das Interesse, die Deutschen im schlechtesten Licht erscheinen zu lassen. Aber es kann uns genügen, unsere Rechtfertigung auf dem Umweg über eine amerikanische Zeitung zu erfahren, und um so mehr, als die „Continental Times“ noch mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß der amerikanische Botschafter in London, Herr Page, in ausgedehntester Weise englandfreundlich ist, hinzufügt: „Dieser Bericht, ausgegeben vom Staatsdepartement in Washington, räumt ein für allemal und für immer mit den englischen Be-

richten auf, die so hartnäckig und mit so böshafter Absicht über die angebliche schlechte Führung der deutschen Soldaten in Unlauf gesetzt worden waren.“ Sie werfen zudem ein bezeichnendes Licht auf die Arbeit der französischen Greuelkommission, von der wir hier öfter berichtet haben.

Die englischen Umtriebe in Portugal.

Von den Vorgängen in Portugal, die zur Bildung der gegenwärtigen Militärregierung unter dem Vorsitz des Generals Pimenta Castro geführt haben, geht dem „N. Wiener Tagblatt“ aus Lissabon eine Darstellung zu, die die Dinge in einem neuen Lichte erscheinen läßt. Wir entnehmen ihr das folgende:

In einer jeden Zweifel ausschließenden Weise ist nunmehr festgestellt, daß England mit Hilfe seiner alten Freunde im Lande, denen seinerzeit die Monarchie eine Quelle reicher Erträge war, eine monarchistische Restauration vorbereitet hatte. Das englische Kriegsschiff, das mit Monarchisten und Mitgliedern der verbannten Königsfamilie, mit Munition, Waffen und Truppen an Bord zwei Wochen hindurch entlang der fantastischen Küste Spaniens kreuzte, ist unverändert Dinge wieder an die Gesteade Englands zurückgeführt. Der Staatsstreich Englands, der die Einföhrung einer monarchistischen Regierung bezweckte, und die portugiesische Armee unter die Führerschaft englischer Offiziere stellen sollte, ist gründlich mißlungen. Daß dies geschah, ist zunächst dem rechtzeitigen energischen Eingreifen des Präsidenten Manuel de Arriaga zu verdanken, der das Ministerium Avebedo Coutinho kurzerhand verabschiedete und die Zügel der Regierung seinem alten Freunde, dem bewährten Republikaner General Pimenta Castro mit unbefchränkten Vollmachten überantwortete.

Pimenta Castro, der das volle Vertrauen der portugiesischen Armee besitzt, konnte der Militärrevolte, die nur durch die demagogischen Treibereien der Partei des Afonso Costa und durch ihren, Land und Nationalbewußtsein aufs tiefste demütigenden Servilismus England gegenüber entstanden war, rasch Herr werden. Er befreite die auf dem Kreuzer „Cinco de Outubro“ und der Fregatte „Fernando“ in Haft gehaltenen Offiziere und gab dem gesamten Offizierskorps gegenüber eine feierliche Erklärung ab, daß portugiesische Truppen am kontinentalen Weltkriege nicht teilnehmen werden, und es ihre alleinige Aufgabe sein wird, im Lande den Frieden der Bürger zu schützen und in den ausländischen Gebieten der afrikanischen Kolonien die Ordnung wiederherzustellen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Politik des neuen Präsidenten, in der, nebenbei bemerkt, von England oder einer Allianzverpflichtung diesen gegenüber mit keinem Worte Erwähnung geschah, im Lande tiefen Eindruck machte, so daß der Vorgang des Ministerwechsels, der mit der Umgehung von konstitutionellen und parlamentarischen Gebräuchen stattfand, keinerlei nachteilige Wirkung hatte und vielmehr als impudischer Rettungsversuch, denn als Verfassungsbruch betrachtet wurde.

Energisch vorwärts!

Der russische Generalstab vermehrt sich zum zweiten Male gegen die deutsche Darstellung von der Vernichtung der russischen 10. Armee. Davon könne gar keine Rede sein, nur ein Korps dieser Armee habe sich in schwieriger Lage befunden, ein anderes Korps habe sich mit großem Verluste auf Wirbellen zurückgezogen. Die anderen Korps der 10. Armee hielten ihre Stellungen. Teile davon rückten sogar vor. Uns kann es recht sein, wenn den Russen Potemkinsche Dörfer vorgezaubert werden. Inzwischen ist eine dieser Rußkisten bereits über den Haufen gerannt: die gestern gemeldete Einnahme von Prasnyß brachte den Deutschen abermals 10 000 Gefangene und große Beute. Das 10 000 Einwohner zählende Webersbüdchen liegt 45 Kilometer von Reidenburg entfernt, eine Straße zieht sich von Prasnyß nach Rakow, sie spaltet sich dort und beide Stränge führen zum Rakow, der südliche direkt auf das befestigte Kultur. Von dort geht die Straße auf dem Westufer des Rakow nach dem gleichfalls befestigten Serosk, das im Rücken von Nowogorodsk liegt, direkt nördlich von Warschau. Die Wichtigkeit dieses Stragenzuges ist ohne weiteres klar, zu seiner Sicherung werden die Russen be-

und Bettstellen zu zimmern. Zum Schutz gegen die Kälte der Nacht erbauten wir uns kleine Holzhütten, in denen wir Strohmatten ausbreiteten, die wir uns gekauft hatten. Leider nahm bei der schlechten Verpflegung die Zahl der Kranken täglich zu. Man richtete einen besonderen Krankenraum ein, der keine Fenster hatte und in dem nichts als Ställe brannte. Verzügliche Hilfe gab es nicht. Die Schwerkranken wurden schließlich ins Hospital gebracht. Am 24. August lagen wir in der Zeitung von Parigues zu unserer großen Freude, daß Rüstig gefallen sei und die Deutschen in Prüßel eingezogen seien. Am nächsten Tage brachten die Zeitungen den Fall von Lunowitz. Unsere Freude wurde indessen dadurch gedämpft, daß uns und Verwundete, die an das Gitter unseres Hofes kamen, erzählten, daß die Russen nur noch wenige Kilometer von Berlin entfernt seien und in Deutschland große Hungersnot herrsche. Da die Deutschen rasch weiter gegen Paris vorbrachen, wurde uns am 28. August das Zeitunglesen streng verboten. Der erste Verwundetentransport, der in Parigues eintraf, brachte die Witte der Bevölkerung auf. In der folgenden Nacht umzog eine Vöbelmenge das Fabrikgebäude, die Werkzeuge fingend und schreiend: „A ha! Alleluja!“ In unserem Schutz wurde die Wache auf 16 Mann verstärkt. Da wir eine Brandstiftung befürchteten, stellten wir von diesem Tage ab Nachtwachen aus unserer Mitte. Die Erregung der Bevölkerung zeigte sich auch im Hospital. Eine kranke Frau kehrte in unser Gefängnis zurück, da sie die Beschimpfungen der Krankenschwestern nicht länger ertragen konnte. Um ihre Pflege hatte sich niemand gekümmert.

Bei einem furchtbaren Gewitter, das am 7. September in Parigues niederging, regnete es derartig in unser Gebäude ein, daß unser Strohlager im Wasser schwamm. Als wir uns darüber beklagten und trockenes Stroh wünschten, gab man uns zur Antwort, die Soldaten hätten es noch schlechter.

In der ganzen Zeit hatten wir unser Gefängnis nicht verlassen dürfen. Vom auswärts Geld zugesandt worden war, der mußte es in Begleitung eines Soldaten abholen. Da die von uns bewohnten Räume überfüllt waren, konnten wir uns auch hier kaum bewegen. Die meisten hatten sich Klappstühle gekauft, und so blieb jeder auf seinem Platze sitzen. Während des Essens durfte in dem Oberhof, der den Frauen zugewiesen war, niemand sich bewegen. Die Tiere waren nämlich so schlecht, daß den im Unterhof befindlichen Männern Schmutz und Stroh in die Suppe gefallen wäre.

Am unerwidlichsten war die Nachtwache. Wenn man die Menschen sah, die auf dem mißfälligen Stroh lagen, von den kurzen Decken nur notdürftig zugedeckt, in die gedrückten Leinwandstücke eingeküßt, glaubte man ein Bad abdozierten Lumpen vor sich zu haben. Dieser wurde die Nachtwache durch den Ruf des Postens unterbrochen, der in die Nacht hineinrief: „Qui est“

kräftliche Kräfte aufbieten müssen. Einstweilen scheinen an der ganzen Karawane und Voberlinie und auch am Njemen noch heftige Kämpfe in Sicht zu sein. Denn soviel ist an den Angaben des russischen Generalstabs richtig: starke Reservekräfte haben hinter der 10. Armee gestanden; sie greifen jetzt scheinbar überall in die Kämpfe ein.

Auch im Südosten wird der Kampf vorgetragen. 1000 Gefangene meldet der österreichisch-ungarische Tagesbericht. Da wird der Dnjepr wohl bald erreicht sein.

Eingeschränkte Versprechungen für die Polen.

Moskau, 25. Febr. „Wirschawja Wedomosti“ zufolge hat in Moskau eine Versammlung von Führern der gemäßigten rechten Parteien stattgefunden, in der namentlich über die polnische Frage beraten wurde. Das Ergebnis war, daß man es für möglich hielt, eine örtliche Selbstverwaltung in Polen einzuführen, daß man sich aber energisch gegen eine Autonomie Polens aussprach.

Die Ernährungsfrage Petersburgs.

Petersburg, 25. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Nach einer Verfügung des Petersburger Stadthauptmanns soll in den nächsten Tagen ein Verzeichnis aller vorhandenen Vorräte an Roggen, Roggenmehl, Weizenmehl, Graupen, Hafer, Getreide, Eiern, Salz usw. aufgestellt werden.

Russische Verkehrsfragen.

Petersburg, 25. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der Minister bewilligte einen Kredit von 3 000 000 Rubel für Vorarbeiten zum Bau der neuen Eisenbahn von Rostow nach Kola und einen Kredit für Eisenbahnlösungen aus dem nördlichen Teil der Eisenbahn Archangelst-Wologda bis zu dem Punkte, der als Seehafen für Archangelst gewählt wird. Alle diese Maßnahmen haben den Zweck, dem russischen Handel dauernd einen freien Seeweg zu sichern.

Versicherung an Rationen.

Petersburg, 25. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Wirschawja Wedomosti“ meldet: Das Verfahren betreffend die Sammlung für die deutsche Flotte ist eingestellt ohne jegliche Folgen für die Beteiligten, ausgenommen die deutschen Unteroffiziere, bei denen laut bereits getroffener Verfügung die bei ihrer Freilassung eingezogenen Rationsbeträge einbehalten werden. Dies ist die Erwiderung auf die Maßnahme Deutschlands, daß sich gewarnt hat, bei der Freilassung der Russen die ihnen konfiszieren Kostbarkeiten und Geldsummen zurückzuführen. Allen übrigen Angehörigen werden die Rationen voll und unbeschränkt ausbezahlt.

(Anmerkung des Wolff-Bureau: Hierzu ist zu bemerken, daß Deutschland keinerlei Konfiskationen von Kostbarkeiten und Geldsummen bei gefangenen Russen vorgenommen hat. Die russische Regierung sucht offenbar einen Vorwand, um recht beträchtliche Rationen der gefangenen Deutschen nicht zurückzugeben.)

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 25. Febr. Amtlich wird verlautbart: In Russisch-Polen keine Veränderung.

An der westgalizischen Front brachte der Vorstoß einer Gefechtsgruppe, die den Russen östlich Orzow mehrere Stützpunkte entriß, 560 Gefangene und sechs Maschinengewehre ein.

In den Karpathen ist wieder starker Schneefall eingetreten, der die Kampfaktivität beeinträchtigt. Die allgemeine Situation hat sich nicht geändert.

Der Angriff unserer Truppen in den Weichen südlich des Dnjepr schreitet mit Erfolg vorwärts. In den Gefechten am 21. und 22. Februar wurden 10 Offiziere und 3338 Mann gefangen.

In der Bukowina herrscht Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Aus den Kämpfen bei Wirballen.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns über die Kämpfe bei Wirballen am 10. Februar 1915 geschrieben: Unter den größten Anstrengungen, welche die tief verschanzten Wege betrafen, waren die Truppen des Generals v. Lauenstein am 9. Februar an den Feind herangekommen und warfen diesen in leichten Kämpfen aus dem Schutze der Front hinaus. Wie aus erbeuteten russischen Befehlen hervorgeht, glaubte der Gegner, sich vor dem deutschen Angriff in die bereits wohl vorbereitete und stark befestigte Stellung Wilmers-Stallupönen zurückziehen und sich dort behaupten zu können; aber der starke Plankendruck, den die deutsche Offensive ausübte, zwang den Feind zum Aufgeben dieses Planes und veranlaßte ihn, sich nach der dritten, gleichfalls vorbereiteten Stellung südlich Wirballen zurückzuziehen. Es waren anderthalb russische Divisionen, die sich am Nachmittage des 10. Februar dort einfanden und in Emden, Albaty und Wirballen zur Ruhe kamen.

„Kostez-lak“ darauf häufig die Bache mit aufgeschwemmtem Holze zum Tor hinausführen.

Dezobach hatte immer eine Schilke vor, wenn er uns aufsuchte. Eines Tages sagte er uns: „Es ist kein Wunder, daß das Holz so schnell alle ist, da die Gefangenen, wie ich gehört habe, sich auch am Morgen Kaffee kochen. Wenn sich die Gefangenen den Kaffee leisten können, so mögen sie sich auch das Holz dazu kaufen. Die Stadt Bérigney hat den Gefangenen nur 2 Maßzeiten täglich zu reichen.“ Da wir niemals Kaffee erhielten, das Holz auch nicht ausreichend war, so waren wir gezwungen, die Erbsen und Bohnen, die wir uns zum Abendessen selbst zubereiten mußten, mit Soda weizulösen. Die Folge davon waren zahlreiche Erkrankungen. Wer Geld hatte, kaufte sich morgens Kaffee aus Gläsern der Fabrik von Händlern, die dorthin kamen. Für die Unbemittelten wurde der Rest der Abendsuppe gekocht, was die Männer alles Holz benötigten, das sie überhaupt noch in der Fabrik finden konnten und das irgend entbehrlich war. Von den Maschinen wurden die Reibriemen entfernt und den Kindern damit die Schuhe beschliffen. Trotz dieser unserer Notlage hatte das französische Rote Kreuz die Dreistigkeit, unter uns ab und zu für französische Verwundete zu sammeln.

Im September brachen unter den Kindern die Mägen aus. Auf unser Verlangen erschien am 11. ein Militärarzt, der uns versprach, dreimal wöchentlich zu erscheinen, da er mehr Zeit nicht offen konnte. Auf unsere Bitte sah er auch nach einer Frau, die kurz vor ihrer Entbindung stand. Er wollte sofort einen Wagen schicken lassen, um die Wöchnerin nach dem Hospital zu schaffen, da bei uns an geeignete Plätze nicht zu denken war. Trotz seiner Bemühungen kam kein Wagen, obwohl der wachhabende Korporal gegen Abend noch einmal zur Polizei schickte. Um 7 Uhr abends wurde das Kind geboren und Patsa genannt, weil es in der Verlehnfabrik geboren worden war. Auf Spiritus, wozu wir warmes Wasser gurecht und zerhackte Wäsche, um Windeln für das Kind herzustellen. Eine Sammlung für die Wöchnerin unter den Gefangenen ergab 35,55 Franken. Schließlich trugen 4 Männer die Schwerkranken ins Krankenhaus. Die Aufregung der uns vor so ungeheurer, daß die Bache ängstlich zu werden begann.

übergehen. Obwohl man von dem Anmarsch der deutschen Kräfte wusste, hielt man es für ausgeschlossen, daß die Deutschen bei dem herrschenden Schneesturm an diesem Tage noch herankommen könnten. Man wies sich hier in Sicherheit, daß man sogar auf das Ausstellen irgendwelcher Sicherungspositionen gänzlich verzichtete; nur so konnte es kommen, daß die Angreifer, die sich durch die Naturgewalten nicht aufhalten ließen, noch am 10. Februar an die russische Intelligenz heranliefen, allerdings nur mit Infanterie und einigen Geschützen, denn alles übrige war in den Schneeweiden hängen geblieben. Es war abends, als Emden, Albaty und Wirballen, als Wirballen überfallen und erobert wurden. Auf der Straße standen zwei russische Batterien mit 12 Geschützen und einer großen Anzahl Munitionswagen, anscheinend rastend, an welche die deutsche Infanterie, ohne einen Schuß zu tun, bis auf 30 Meter heranlief. Es wurden sämtliche Pferde niedergeschossen und dann die Geschütze und Munitionswagen genommen. Der Rest der Bedienung flüchtete. Sowohl in Emden, Albaty und Wirballen kam es dann zu heftigen Straßenkämpfen, die mit der Gefangenennahme von 10 000 Russen endeten. Die Zahl der Gefangenen war so groß, daß man kaum wußte, was man mit ihnen anfangen sollte. Nach der Einnahme der beiden Orte fielen auch die dortigen Bahnhöfe in deutsche Hände und mit ihnen eine schier unermeßliche Beute. Es standen hier drei Züge, und ebenso viele Versorgungswagen. Einer war der Zigarettenzug der Zarin, der von dem Kaiserlichen Hof und einem zahlreichen Personal begleitet war; in ihm fand der Stab des Generals v. Lauenstein ganz unerwartet ein ausgezeichnetes Quartier. Die übrigen Züge waren mit einer großen Menge Hader, ausgepackten Konserve, sehr viel Schokolade, sowie Stiefeln und Pelzdecken in großer Zahl beladen. Jeder bereitete deutsche Soldat war imstande, eine Pelzweste an sich zu nehmen. Augenblicklich noch wichtiger war aber für die seit zwei Tagen auf eiserne Portionen angewiesene deutsche Truppe die Erbenung von 110 russischen Feldküchen, die fast durchweg mit warmem Essen gefüllt waren. Man kann sich den Jubel unserer siegreichen Truppen vorstellen, als diese Beute in ihre Hände fiel. Es war augenblicklich der schönste Lohn für die junge Truppe, die an diesem Tage teilweise zum erstenmal ins Gefecht gekommen war und sich glänzend geschlagen hatte.

Neuer Türkenvorstoß.

Konstantinopel, 25. Febr. Die „Agence Milli“ erhielt von ihrem auf dem Kriegsschauplatz am Schwarzen Meer eingetroffenen Vertreter folgendes Telegramm: Die Kämpfe, die in der Umgebung von Vortschak, nördlich von Krimin, seit einigen Tagen ausgefochten wurden, haben mit einem vollen Erfolg der türkischen Truppen geendet. Diese besetzten nach einem von Euphorie unternommenen Angriff wichtige Punkte. Die Russen erlitten schwere Verluste und ergriffen die Flucht. Russische Offiziere mußten zur Anwendung von Gewalt schreiten, um die Flüchtigen zurückzuhalten, was beweist, wie tief die Moral der russischen Truppen gesunken ist.

Konstantinopel, 25. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der Wali von Bursa meldet, daß in der dortigen französischen Ordensschule, die jetzt in eine türkische Schule umgewandelt sei, in einer unterirdischen Höhle eine Anzahl Waffen, eine Dynamitbombe, 19 Pakete Dynamit und Zünder gefunden wurden.

Ein Preußenvotum aus dem Felde.

Aus dem Schützengraben in Nordfrankreich „dem Kerzengstein im Unterland“ schreibt man uns: Unter allgemeinem Beifall meiner Kameraden, von denen viele sehr weit rechts stehen, verlas ich gestern die Rede des Abgeordneten Dörfl im Preuß. Abgeordnetenhaus.

Es war ein erhellendes Wort, was das gesprochen wurde, was uns allen auf den Lippen schwebte, welcher Parteirichtung er auch sein mag, daß die Beendigung dieses Krieges vom Volke und besonders denen, die es am meisten angeht, von den Truppen im Felde gewünscht wird. Herr v. Hedeband sollte einmal herkommen, er wird genug Vereinfachungen finden, Opfer zu bringen, er wird auch seinen finden, der nach Hause wollte, ehe ein Frieden geschlossen ist, der Deutschland zur Ehre gereicht. Aber er wird keinen finden, den er davon überzeugen könnte, daß ein dauernder Friede nur durch ein Weiterkämpfen bis zur vollständigen Erschöpfung der eigenen und gegnerischen Kräfte erreicht werden könnte. Der Wunsch nach einem dauernden Frieden hat niemand schärfer als die Arbeiterklasse aller Länder, es ist also gar nichts besonderes, was Hedeband vortrug, aber dieser Wunsch schließt nicht den Wunsch nach einem baldigen Frieden aus. Im Gegenteil: Je mehr ein Land in diesem Krieg gemitigt und niedergedrückt wird, umso mehr wird es auf spätere Rache sinnen und dadurch den dauernden Frieden gefährden.

Und um auf die „Kleinigkeiten“ des Herrn Hedeband zu kommen: Die Ausführungen im Artikel Ihrer Mittheilung treffen den Nagel auf den Kopf. Nichts könnte die Kampfesfreudigkeit in den Schützengräben mehr heben, als eine Erklärung der preussischen Regierung, daß die Dreiklassenpolitik aufgehoben werden soll. Alle Bevölkerungsklassen haben Schulter an Schulter gekämpft. Sollen wir, wenn wir nach Hause kommen, wieder in drei Teile geteilt werden? Und Sie haben recht, wenn Sie schreiben: noch ist es Zeit. Wir sehen hier mit Spannung dem Ausgang der Verhandlungen entgegen. Die sog. Vertreter dürfen der Ueberzeugung sein, die Sympathien aller im Felde Stehenden, ohne Unterschied der Partei hinter sich zu haben.

Diese Stimme aus dem Felde aus der Verteidigungsstellung vor dem Feind, im Angesicht des Todes, mögen den ersten Chor der Mahnenden vertiefen, die im preussischen Abgeordnetenhaus selbst nach einer völkischen Toten rufen.

Das Kriegsziel im Lichte der Fabier.

Der „New Statesman“, das sehr geachtete Organ der Webb und Genossen, beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit den Friedensbedingungen. Dort wird gesagt, daß allgemein als Kriegsziel der Alliierten bezeichnet werde: gegenüber Deutschland Wiederherstellung und völlige Schadloshaltung Belgiens, Abtretung von Elsaß-Lothringen und Rückgabe von mindestens 5 Milliarden Abtretung von Bosnien. Oesterreich müsse Galizien, Bosnien und Herzegowina hergeben und die Türken endgültig aus Europa verdrängen. Für noch viel wichtiger aber hält das Blatt, daß die „Sage von der preussischen Unbesiegbarkeit“ zerbröckeln und daß das deutsche Volk gezwungen werde, seine Niederlage einzugehen. Bis dahin dürfe von Frieden keine Rede sein.

Die Fabier bilden eine sozialistische Studiengesellschaft als eine politische Partei. Immerhin macht ihr Erscheinen zum Friedensmahl genügend klar, daß trotz der Londoner Konferenzbeschlüsse auch englische Sozialisten der Eroberungspolitik anhängen.

Kriegshilfe im Verband der Fabrikarbeiter.

Wie die meisten freien Gewerkschaften hat auch der Verband der Fabrikarbeiter den Familien seiner zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder in den ersten Kriegsmontaten eine Unterstützung aus Verbandsmitteln ausbezahlt. Nach einer Statistik der Familien monatlich 8 Mark, für jedes Kind unter 14 Jahren erhöhte sich der Betrag um 50 Pfennig. Die Unterstützung wurde nicht unterschiedlich an alle Familien gegeben. Bedingung war vielmehr einjährige Mitgliedschaft im Verband; außerdem sollten die Familien ausbezahlt werden, die aus anderen Quellen ein Einkommen bezogen, das sie gegen Not sicherte. Trotz dieser einschränkenden Bestimmungen war die Zahl der Empfänger noch recht groß. Es erhielten im September 23 730, im Oktober 22 507 Familien vom Verband Unterstützung. Die ausbezahlte Unterstützungssumme betrug im September 208 030 Mark, im Oktober 202 778 Mark, in beiden Monaten zusammen 410 808 Mark. Auf eine unterstützte Familie entfielen im September 8,78 Mark, im Oktober 9 Mark.

Für den Monat Dezember zahlte der Verband als Weihnachtsgeld an alle Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder, sowie an alle arbeitslosen und erkrankten Mitglieder eine Unterstützung von 4 bis 6 Mark pro Mitglied. Hierfür waren den 159 934 Mark aufgewendet.

Ferner beschloß der Verband im September, allen arbeitslosen, aber ausgetriebenen Mitgliedern die Hälfte der zuletzt bezogenen Löhne als dauernde Unterstützung weiter zu bezahlen. Hierfür wurden bis Anfang Oktober rund die genaue Summe (200 000 Mark) 200 000 Mark ausbezahlt. Vom 1. März ab wird, infolge der wesentlichen Besserung der Arbeitsmarktlage, diese Ausgetriebenenunterstützung nur noch für vier Wochen gewährt. Dafür wird aber die nach Kriegsausbruch angegebene Krankenunterstützung in vollem Umfang wieder eingeführt.

Insgesamt gab der Verband der Fabrikarbeiter in den ersten sechs Kriegsmontaten rund 800 000 Mark für außerordentliche Unterstützungen an seine Mitglieder. Die außerdem auf Grund des Status ausbezahlten Unterstützungssummen sind noch weitestgehend höher. Der Verband hat also „Kriegshilfe“ in sehr weitem Umfang geleistet.

Vom französischen Arbeitsmarkt.

Paris, 25. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung der „Agence Havas“. Die von dem Arbeitsminister begonnene Untersuchung über die Wiederaufnahme von Handel und Industrie erstreckt sich über 31 678 Firmen, welche in normalen Zeiten 1 070 003 Arbeiter und Angestellte beschäftigten. Eine ausgedehnte Untersuchung war infolge der Eingliederung von zwei Dritteln der Arbeitsinspektoren zum Heere unmöglich. Die Mobilisierung hatte im August die Schließung von ungefähr der Hälfte der industriellen und kommerziellen Betriebe herbeigeführt. Der Personalbestand wurde um über zwei Drittel ermäßigt. Im Januar 1915 befand sich die Lage merkwürdig. Im Verhältnis zum August erhöhte sich die Zahl der geöffneten Firmen um 4%, die des beschäftigten Personals um 33 Prozent. Diese Zahl geht jedoch kein vollständiges Bild von der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit; denn zahlreiche Firmen, welche im August ihre Arbeitshunden verließen mußten, erreichten im Januar die normale Zeit, übergriffen diese sogar gänzlich.

Austausch der Schwerverwundeten.

Bern, 25. Febr. Die Transporte der zum Austausch gelangenden schwer verwundeten deutschen und französischen Kriegsgefangenen durch die Schweiz beginnen voranschreitend am 3. März. Laut Bundesratsbeschluss führt das Schweizerische Rote Kreuz die Transporte aus. Die Oberleitung hat der Gefahrt vom Rote Kreuz, Oberst Bohn, die Anweisung erteilt, dem Schweizerischen Rote Kreuz die nötigen Sanitätsstellen zur Verfügung zu stellen. Die Schweizerischen Züge fahren auf besonderen Wunsch der französischen Regierung bis Lyon. Jeder führt 250 Verwundete und untersteht einem militärischen Kommando. Die Pflege der Verwundeten während der Fahrt besorgen Schweizer und Mannschaften vom Rote Kreuz. Die Zahl der von Konstanz zurückzubefördernden Franzosen beträgt 2500. Die Zahl der von Lyon zurückzubefördernden Deutschen ist noch unbestimmt.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der Goldbestand der Deutschen Reichsbank beträgt 224 Millionen Mark gegen 1283 Millionen bei Kriegsbeginn. Durch Wollst sind 49,7 Prozent des Notenumlaufes gegen 4,1 Prozent in der Form von, durch den gesamten Vorrat 53,8 Prozent gegen 52,4 Prozent, durch Gold allein 48,6 Prozent gegen 48,1 Prozent gedrückt. Der Darlehensbestand bei den Darlehensbanken beträgt 708,3 Millionen, worin 378,3 gegen 368,0 Millionen am 15. Februar Kriegsanleihebedarfen enthalten sind. — Die übliche Monatsfassung des Zentralausschusses findet am 27. Februar statt.

Die Liga der Deutschen in Indianapolis übermittelte heute dem deutschen Vorkämpfer in Washington, Herrn v. Bernstorff, vorläufig 100 000 Mark für die Familien der im Kriege Gefallenen.

Das „Berl. Ztbl.“ meldet aus Rom: Als der Preis in Neapel, der bereits 30 Centesimi beträgt, wieder erhöht werden sollte, zogen 15 000 Streifen die Scheidung vor das Rathaus und zwangen die meisten Behörden, sofort die Porten zu schließen.

Das Wiener Korrespondenzbureau meldet: Durch die ausländische Presse wird häufig die Meldung, daß zwei mit Korn beladene italienische Dampfer von österreichisch-ungarischen Torpedobooten gekapert und nach Triest geführt worden seien. Die Schiffskommandanten hätten eine Entschädigung von je 50 000 Francs erhalten. Wie an den meisten, die Tätigkeit unserer Seemarine betreffenden Nachrichten aus ausländischer Quelle, ist auch an dieser Meldung kein wahres Wort.

Aus der Partei.

Zum „Fall“ Eidelum.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erhielt vom Sekretär der sozialdemokratischen Partei Rumäniens, D. Marinicu, eine Zuschrift, in der betont wird: Genosse Eidelum kam nach Rumänien im Monat September v. J. Gleich bei unserem ersten Zusammentreffen hob er hervor, daß er uns keinerlei offizielle Mitteilungen zu machen habe; er sei von der Partei hierzu nicht beauftragt, sondern sei rein persönlicher Natur. Nach diesem Vorbehalt fragte uns Genosse Eidelum, ob wir zu einer Unterhaltung privaten Charakters bereit wären, um uns über die Lage der sozialistischen Bewegung angesichts des Krieges zu informieren. Dazu seien die rumänischen Genossen mit Freuden bereit gewesen, man habe sich dann freundschaftlich unterhalten. Es sei eine Besprechung gewesen zwischen Genossen, die, solange sie zur Internationalen gehören, Gefühle der Kameradschaft und des Vertrauens einander entgegenbringen. Was den „Fall Eidelum“ und das „unwürdige Aufsehen“ betrifft, das die „Miffion“ des Genossen Eidelum nach einer angeblichen Aussage eines rumänischen Genossen in Berlin bei den rumänischen Genossen erregt hat, so erklären wir, daß niemand zu einer derartigen Äußerung bereit war. Überdies behauptet der betreffende Genosse, der keinem unserer Komitees angehört, daß ihm im Mitteilungsblatt der Sozialisten Genossen eine Aussage zugesprochen wird, die er niemals getan hat, und daß die ganze „Affäre“ auf einem Mißverständnis zu beruhen scheint.

Damit wird hoffentlich die ganze „Affäre“ zur Ruhe gebracht. Sie ist das Gerede, das ihrerwegen heraufgetragen wurde, nicht wert.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 25. Febr.

Am Ministertisch: Zydel.
Präsident Dr. Graf v. Schönerer-Löwin eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min.
Jungerhalschicht des Haus, die Genehmigung zur Fortsetzung der Strafverfolgung des Abg. Ballhaus (Wirtsch. Vag.) wegen Zündendhandlung gegen das Preussische Gesetz dem Antrag der Geschäftsverteilungskommission nicht zu erteilen.
Hierauf wird der Bericht über die Erweiterung des Stadt. Kreises Offen in der Sitzung ohne Debatte angenommen.
Sodann wird die zweite Lesung fortgesetzt bei dem

Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Verhandlung: Abg. Sefer (Zöschke, Vp.): Unsere Produktion an Kriegsmaterial ist so reichlich, daß wir nicht nur in der glücklichen Lage sind, unseren eigenen Bedarf zu decken, sondern wir können auch Material an unsere Verbündeten abgeben. Unsere Geld- und Kreditverhältnisse sind dank der vorzüglichen Kreditorganisation durchaus befriedigend. Dadurch, daß die Einführung eines allgemeinen Moratoriums nicht nötig war, war es möglich, dem Geschäftsbetrieb das Vertrauen zu erhalten, das es zur Ausübung einer produktiven Tätigkeit braucht. Was den Arbeitsmarkt betrifft, so herrscht hier eher Mangel an Arbeitskräften als Arbeitslosigkeit. Unter Wirtschaftslieben hat sich im Hinblick auf das feindliche und neutrale Ausland durchweg als ferngekauft und Leistungsfähigkeit erwiesen. Auch unsere Industrie hat sich während der Kriegszeit gut entwickeln können, da sie von staatlicher Seite keine Einschränkung erfahren hat.

Abg. Kessel (Vp.): Wenn auch einzelne Industrien durch den Krieg Einbuße erlitten haben, so ist dies doch wieder ausgeglichen worden, indem durch Bedarf an Kriegsmaterial die Industrie andererseits wieder neu belebt worden ist. So hat namentlich der Handwerksbetrieb eine große Bedeutung erlangt, und wir hoffen, daß sich die Segnungen des Handwerksamerikages auch über den Krieg hinaus erstrecken werden. Den gemeinnützigen Arbeitsnachwehen sollen wir Anerkennung für ihre große Tätigkeit, die sie entfaltet haben, indem sie die Arbeiter dahin brachten, wo sie wirklich gebraucht wurden. Es ist daher notwendig, diese Arbeitsnachweise weiter auszubauen; denn die größten Schwierigkeiten werden erst entstehen, wenn nach dem Kriege die Tausende von Arbeitern aus den Schlachtränken zurückkehren. Dankbar sind wir dem Minister, daß er sich gegen ein Moratorium mit allen Kräften gestraut hat. Alles in allem ist das Bild unserer wirtschaftlichen Betätigung ein solches, das uns das Ausland darum beneiden kann. (Beifall.)

Abg. Dr. Bismarck (nall.): Dem wunderbaren Aufmarsch unserer Truppen stelle ich mich nach anfänglichen Irrungen eine gewerbliche Mobilmachung zur Seite, die einen Vergleich mit der Mobilmachung für die Front wohl ausfallen kann. Die Maßnahmen, die von der Regierung getroffen wurden, um unser Wirtschaftsleben auf der Höhe zu halten, haben sich voll bewährt. Namentlich die Regelung unserer Geldverhältnisse steht in wohlverdientem Gegensatz zu der Geldlage Englands, das mit seinem Moratorium und einem Zinsfuß von 10 Prozent ausgeliefert hat, für den Weltmarkt wachsend zu sein. Sehr bedauerlich dagegen ist es, daß ein gewisser parasitärer Handel sich breit gemacht hat, der sich nicht scheute, in betrügerischer Art vorzugehen, um namentlich Lebensmittel von zweifelhafter Qualität zu liefern. Es war höchste Zeit, daß endlich gegen diesen Handel Front gemacht wurde. Betreffs unserer Ausfuhr muß für unsere Industrie oberster Grundsatz sein, daß nichts ausgeführt wird, was zur Stärkung einer feindlichen Feindschaft führen könnte. Gegenüber den Entstellungen unserer Volkswirtschaftlichen Verhältnisse im Ausland, die zum Teil ihren Grund in unserem mangelhaften ausländischen Nachschubdienst haben, möchte ich auf die Worte eines Amerikaners verweisen, der unseren Fleiß und unseren industriellen Geist lobes lobt. Ganz besonders möchten sich diese unsere Tugenden bemerkbar bei dem kulturellen Wiederaufbau der von uns okkupierten Gebiete, so daß französische Vexillanten die Vermutung ausdrücken, daß wir uns in den besetzten feindlichen Gebieten dauernd festgesetzt haben. Mögen diese Tugenden dazu beitragen, daß aus diesem Kampfe ein glückliches, größeres Deutschland hervorgehe.

Abg. Wiesters (Zent): Auch wir begrüßen es mit Genugtuung, daß unser Wirtschaftsleben während des Krieges in erfreulicher Weise sich entwickelt hat. Unserer Industrie ist es gelungen, den Anforderungen der Militärverwaltung gerecht zu werden. Unsere Arbeitsnachweise haben sich während des Krieges gut bewährt; sie sollten nach dem Kriege weiter ausgebaut werden. Die gewerblichen Organisationen, die sich ebenfalls bewährt haben, haben dem Bundesrat ihre Wünsche unterbreitet, die ich den Ministern zu befürworten bitte.

Abg. Dr. v. Wedem (freisinn.): Ich bitte den Handelsminister, auf der Eisenbahndirektion dahin einzumirken, daß diejenigen Bahnstationen, deren Ausführung feststeht, möglichst bald in Angriff genommen werden, damit insbesondere das Handelsverkehrsfähigkeit erhöht. Da sich teilweise ein illegitimer Handel entwickelt hat, so wäre es erwünscht, wenn bald wieder ein regelrechter Grenzverkehr stattfinden würde.

Abg. Rosenow (Vp.): Es ist in höchstem Maße anerkennenswert, daß Handel, Industrie und Arbeiterchaft sich den veränderten Verhältnissen derart angepasst haben, daß alle Schwierigkeiten der durch den Krieg geschaffenen Lage überwunden wurden. Unter Hinweisung des Ministers für Handel sind unsere Geldverhältnisse in einer Weise geregelt worden, die in der Geschichte einzig dasteht. Es hat ungeteilten Beifall gefunden, daß der Reichswirtschaftsrat das Eisen Kreuz erhalten hat. (Beifall.) Wir danken dem Minister, daß er den Wünschen nach Einführung eines Moratoriums energischen Widerstand entgegen-gesetzt hat. Bei dem Wiederaufbau Ostpreußens muß nicht allein für die Landwirtschaft, sondern auch für die Handwerker und kleinen Kaufleute gesorgt werden.

Minister für Handel und Gewerbe Dr. Sydow: Dem gesamten Handel und Gewerbe möchte ich meine ungeteilte Anerkennung aussprechen, da sie es in bewundernswürdiger Weise verstanden haben, sich den gänzlich veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Differenz der Arbeitslosigkeit haben nicht nur erheblich günstiger als zu Anfang des Krieges, sondern auch erheblich günstiger als in Friedenszeiten. Ich erkenne auch an, daß die Gewerkschaften in verschiedenen Richtungen nützlich mitgewirkt haben bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie haben in weitgehendem Maße für Arbeitsgelegenheit und für die Unterstützung von Kriegsfamilien gesorgt. Nach Beendigung des Krieges werden an die Arbeitsnachweise erhöhte Anforderungen gestellt werden. Wir haben deshalb schon jetzt größere Mittel dafür eingestellt. Ich hoffe jedoch, daß diese Arbeitsnachweise wirklich objektiv und unparteiisch sind und nichts anderes wollen, als den besten Mann an die richtige Stelle zu setzen (sehr richtig). Dankbar bin ich, daß auch Sie zu der Überzeugung gekommen sind, daß die Einführung eines Moratoriums unter Kreditverhältnissen nicht gefördert, sondern geradezu auf den Kopf gestellt hätte. Meine Abweisung gegen den parasitären Handel brauche ich wohl nicht erst zum Ausdruck zu bringen. Künftig sollen nur solche Firmen zu Preisbefreiungen zugelassen werden, die praktische Erfahrungen haben, auch sollen stets Gutachten der Handelskammern eingelegt werden. Wir müssen weiter fort-schreiten, das Handels- und Gewerbe zum Zusammenhalt, gemeinsamer Übernahme von Arbeit und kaufmännischer Schulung. Dann wird das Handels- und Gewerbe mit den Großbetrieben zu konkurrieren. Die Wiederrückführung der Werke halte ich zur Zeit noch nicht für statthaft. Eine vorzeitige Eröffnung würde die Gefahr mit sich bringen, daß schmerzliche Nachrichten aus dem Felde sich in schwärzenden Karten ausdrücken würden. Eine Eröffnung mit gesetzlichem Mindestlohn halte ich erst recht nicht für geraten. Sehr wichtig ist es auch, gegen das illegitime Spekulantentum vor-zugehen. Ich erkenne nochmals an, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise dazu beigetragen haben, Deutschland hinauf-zuführen zum glücklichen Ziel. (Beifall.)

Abg. Due (Sog.): Wenn wir unser Wirtschaftsleben bei Ein-tritt des Krieges beobachten, müssen wir zugeben, daß die schlimmsten Befürchtungen, die wir vor dem Ausbruch des Krieges gehabt haben, sich nicht erfüllt haben. Wir müssen zugeben, daß sich das deutsche Wirtschaftsleben im Vergleich selbst zu dem neutralen Ausland in verhältnismäßig günstiger Lage befindet. Es ist eine Neuorganisation fast der ganzen Volkswirtschaft eingetreten, die natürlich nicht ohne Störungen und Störungen erfolgen konnte, an denen die Schwächen im Volke wieder am schwersten zu tragen hatten. Was wir nun vor uns sehen, ist das Ergebnis des Zusammenarbeitens einer Reihe von Faktoren, die in Friedenszeiten zusammengefallenen wirtschaftlichen und politischen Organi-sationen nicht gerade harmonisch zusammengeordnet haben. An-fänglich war die Arbeitslosigkeit viel größer, als die durchaus un-vollkommene amtliche Statistik sie erscheinen ließ. Allein die freien Gewerkschaften zählten Anfang September 370 126 arbeits-lose Mitglieder gleich 21,2 Prozent; Ende Oktober hatte sich diese Zahl auf 10,7 Prozent vermindert — es handelt sich um völlige Arbeitslosen —, und seitdem ist die Zahl der Arbeitslosen fast ständig gesunken, so daß heute in sehr wichtigen Erwerbszweigen, namentlich in der schweren Industrie, im Bergbau, von einer Arbeitslosigkeit nicht die Rede ist, eher von einem Arbeitermangel, und zwar an geschulten Arbeitern. Diese Entlastung des Arbeits-marktes hat vor allem seine Ursache in der außerordentlich starken Einberufung von Arbeitskräften zum Wehrdienst. Allein die freien Gewerkschaften zählten bis Ende Oktober 660 000 zum Wehr-einklassierten Mitglieder, und ähnliche Ziffern haben die anderen Gewerkschaften beibringen können. Es ist vorher von den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen manches gute Wort gesagt wor-den, und ich erwarte, daß das auch seine guten Früchte tragen wird. Die Gewerkschaften haben ohne Unterschied der Richtung ihren ganzen Organisationsapparat in den Dienst der Arbeits-vermittlung und der Arbeitslosenfürsorge gestellt. Allein die freien Gewerkschaften haben in den ersten fünf Kriegsmo-naten über 26 Millionen Mark zur Arbeitslosenunterstützung und für Unterhaltung von Kriegsfamilien ausgegeben. (Sehr! Sehr!) Diese

soziale Tätigkeit der Gewerkschaften

hat erheblich zur Entlastung von Staat und Gemeinde beigetragen. Ich hoffe, daß diese gemeinnützige Tätigkeit in Zukunft vollständig und in allen Konsequenzen anerkannt werden wird. Ich wurde daher unangenehm berührt dadurch, daß gestern der Landwirt-schaftsminister v. Schorlemer in der Budgetkommission abfällige Äußerungen über die Organisation der Fortarbeiter getan hat. Wenn das schon an einer solchen Stelle geschieht, dann braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, wenn auch nachgeordnete Be-hörden und namentlich Privatunternehmer von den Arbeiter-organisationen nichts wissen wollen. Gerade in dieser Zeit ist es im Interesse eines glücklichen Ausganges dieses Krieges notwendig, die Opfer anzuerkennen, die vom arbeitenden Volk gebracht werden. In einem erfreulichen Gegensatz zu den Äußerungen des Land-wirtschaftsministers stehen die anerkannten Worte des Handels-ministers über die Leistungen der Arbeiterorganisationen, und ich hoffe, daß nach dem Kriege nicht der Kurs Schorlemer, sondern der Kurs Sydow gekrönt wird. Jetzt bei der Umgruppierung un-serer Volkswirtschaft hat sich die eminente

Bedienung der Organisationen aller Stände

gezeigt; man sollte sie daher fördern und in ihrer Tätigkeit nicht hemmen. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch recht erheblich. Das beweist die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften. Den pariti-tischen Nachweis, der nur dafür sorgt, daß der richtige Mann an die richtige Stelle kommt, haben die freien Gewerkschaften schon seit Jahren gefordert. Die Arbeitslosenstatistik liegt recht im argen. Hätten wir aus Grund einer solchen Statistik bei Beginn des Krieges einen Überblick über die verfügbaren Arbeitskräfte gehabt, dann hätten manche Irrungen und Wirrungen vermieden werden können. Die Löhne sind in gewissen Gewerben zweifellos gestiegen. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise hat diese Steige-rung aber mehr als wett gemacht. Es werden geradezu

wucherische Preise für die wichtigsten Lebensmittel

gefordert. Diese Wucherer und Preistreiber können direkt als die Dämonen hinter dem Schlachtfelde bezeichnet werden, denn sie ver-suchen sich schwer an unseren vaterländischen Interessen. Ihr Treiben ist unerträglich und standlos. (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.) Wenn es englische Gemüter gibt, die befürchten, daß unsere Lebensmittel nicht ausreichen, so deshalb, weil diese Prei-strreiber mit den notwendigen Lebensmitteln ihr Unwesen treiben. Gewiß ist es in England und Frankreich nicht besser und unsere englischen Freunde haben im Parlament diesen Lebensmittelwucher mit den schärfsten Worten gegeißelt. Die Waffengießerei überall zu Hause. Was nützt eine Lohnsteigerung um 25 Prozent, wenn die Lebenshaltung um 50 Prozent verteuert wird? Je länger diese Mißwirtschaft anhält, desto erbitterter wird die Stimmung des Volkes gegen diese Ausbeuter werden. (Sehr wahr! bei den Sozial-demokraten.) Mehr als je ist jetzt notwendig, daß die

Gleichberechtigung der Arbeiter

auf allen Gebieten durchgeführt wird. Das wird nicht nur in der Bevölkerung daheim eine bessere Stimmung auslösen, sondern es wird hinausdringen zu unseren Verbündeten in den Schlachtränken, und es wird dem Feinde erst recht unmöglich werden, uns zu überwinden. In dieser Richtung werden auch die heutigen Worte des Ministers eine günstige Wirkung haben. Ein anderer Eindruck darf nicht einmal aufkommen, der aber durch gewisse Bekannt-machungen erweckt worden ist, die bei strenger Befolgung hätten dazu führen können, die Freizügigkeit der Arbeiter zu beschränken. Keine Militärbehörde hat das Recht, nicht militärpflichtigen Arbeit-ern bestimmte Arbeitsstellen vorzuschreiben. Das ist ein Eingriff in die Arbeitsvertragsfreiheit, gegen den wir auch in dieser Zeit, wo wir allen Konfliktstoff vermeiden möchten, aufs schärfste Pro-test einlegen. Wenn man sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzt, dann wird man auch die Mittel und Wege finden, die derartige Bekanntmachungen überflüssig machen. Wenn dafür gesorgt wird, daß die Gleichberechtigung der Arbeiter nicht nur auf dem Papier steht, sondern auf allen Gebieten durchgeführt wird, dann wird das zweifellos zu einer Hebung des Ansehens Deutsch-lands in der Welt beitragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Handelsrat wird bewilligt. Das Spargesetz-Kriegsgesetz wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Abg. Schröder (freisinn.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.
Minister für Handel und Gewerbe Dr. Sydow: Bei Ausbruch des Krieges hat auch der Bergbau einen starken Rückgang in seiner Förderung erlitten. Durch das bald wieder stärker werdende Be-dürfnis mußten wir den Bergbau so regeln, daß wir wieder 80 Prozent des früher Geförderten zu Tage bringen konnten. Das Ausbleiben der englischen Kohle, die Verpflichtung, eine Reihe von neutralen Staaten auch weiterhin mit Kohlen zu versorgen und die verminderten Transportmöglichkeiten ließen jedoch eine Steigerung der Förderung geboten erscheinen. Wir mußten dazu greifen, eine Anzahl jugendlicher Arbeiter auch unter Tage zu beschäftigen und von den Vergleichen Überprüfungen machen zu lassen. Es wird jedoch in keiner Weise ein Zwang ausgeübt. Ebenso werden Kriegs-gefangene nur beschäftigt, wenn sie gelernter Bergleute sind und i-freiwillig dazu wollen. Damit die Löhne nicht gedrückt werden, sollen die Gefangenen dieselben Löhne erhalten, wie unsere Ver-gleiche. An den Bergbau werden in dieser Kriegszeit sehr große Anforderungen gestellt. Er wird sich bemühen, soweit es irgend möglich, ihnen zu genügen. Von den Beamten und Arbeitern der Bergverwaltung ist eine große Anzahl vor dem Feinde gefallen. Die Bergarbeiter, die schon im Frieden in ihrem Beruf ihr Leben ein-setzen, sind mit der größten Freudigkeit ins Feld gezogen und haben es verstanden, im Kampf für das Vaterland ihr Leben aufzuopfern. (Beifall.)

Abg. Due (Sog.): Dem Kohlenbergbau dürfte es bald gelingen, den Bedarf wieder voll zu decken. Der mitteldeutsche Braunkohlen-bergbau hat fast dieselben Förderungsmengen wie in Friedenszeiten erzielt; das gilt auch von den Salzbergwerken. Wir haben also vollkommen genug Salz, und es sollte allen Preistreibern in diesem Mineral entgegengetreten werden. Wir haben auch genügend Kali, und die Landwirtschaft sollte von der Düngung umfangreichen Gebrauch machen. Die Erklärungen des Ministers über die Kriegs-gefangenen werden zweifellos Mißverständnisse beseitigen. Es ist in der Kommission allgemein zum Ausdruck gebracht worden, daß alles getan werden muß, was zur menschlichen Behandlung der Gefangenen beiträgt. Es darf kein Zwang ausgeübt werden; die Gefangenen fühlen sich sehr wohl und sind froh, der schrecklichen Langeweile des Lagerlebens entzogen zu sein. Die Gefangenen erhalten auch den vollen Arbeitslohn. Es werden auch nur gelernte Bergarbeiter herangezogen zur Arbeit unter Tage. Wir freuen uns weiter, daß die Beschäftigung der Kriegsgefangenen zur Drückung der Löhne nicht benutzt werden soll. Es ist richtig, daß die Löhne in den letzten Monaten gestiegen sind. Es fällt den Arbeitern nicht ein, die anomalen Verhältnisse der ersten Monate außer acht zu lassen. Es ist aber dringend der Wunsch auszuspre-chen, daß die Lohnsteigerung nach Kräften weiter gefördert wird. Das ist absolut notwendig mit Rücksicht auf die teuren Lebensmittel. Es gibt allerdings noch ein Mittel: daß die Lebens-mittelpreise herabgedrückt werden. Nun haben Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen vorgeschlagen, ein Preisbegrenzungsausschuß für den Bergbau zu schaffen, und wenn es gelingt, ein solches Ein-igungsamt zu schaffen, dann wird es nicht mehr nötig sein, mit unseren Klagen vor dieses Haus zu treten. (Beifall.) Nächste Sitzung, Dienstag den 2. März 1½ Uhr: Etat des Ministeriums des Innern, Kultusetat. Schluß 5¼ Uhr.

Telegramme.

Eine innere russische Anleihe.

Petersburg, 26. Febr. (B. V. Nichtamtlich.) Die russischen Banken beschloßen in einer Versammlung, eine innere Anleihe im Betrage von 500 Millionen Rubel zu über-nehmen und im gleichen Verhältnisse unter sich zu verteilen, wie die letzte Oktoberanleihe. Sie soll mit fünf Prozent ver-zinst und zum Kurse von 92 Prozent übernommen werden.

Russische Aengste.

Petersburg, 26. Febr. (B. V. Nichtamtlich.) „Ausloje Slowo“ meldet aus Warschau: 140 Juden und 40 Polen wurden unter der Anschuldigung, daß sie mit der deutschen Intendantur Geschäfte machten, im Verwaltungs-wege nach Sibirien verbannt. Der angesehenste Fabrikant „Zuk“ in Riga wurde nach Lomsk verbannt, weil er sich abfällig über die Verhältnisse in Rußland geäußert hatte. — Die Inspektion des Schulkreises Riga hat durch ein Zirkular den Gebrauch der deutschen und lettischen Sprache auch in Privatgesprächen der Schüler verboten.

Englische Arbeiterkämpfe.

London, 26. Febr. (B. V. Nichtamtlich.) „Daily News“ befaßt sich mit der Unruhe in der Arbeiterschaft, die sich immer mehr ausdehnt. Die hauptsächlichsten Ursachen ist das Steigen der Preise für Lebensmittel und andere Ge-brauchsgegenstände. Die Bewegung macht sich auch in der ländlichen Arbeiterbevölkerung stark fühlbar. Das Exekutivkomitee der National Agricultural Labourers and Rural Workers Union beschloß den Streik in Nor-folk. Es wird gegen die Frauen- und Kinderarbeit prote-stiert. Man sagt, es seien genug Arbeitskräfte vorhanden, wenn man sie entsprechend bezahlen wolle. Im Gebiete des Glases wird über den Streik abgestimmt. Man befürchtet, daß die Arbeiter fast alle für die Niederlegung der Arbeit sind. Unter den Bergarbeitern wird über die Ein-führung eines neuen Lohnziffern verhandelt. Arbeiter, die in den mit dem Krieg zusammenhängenden Industrien be-schäftigt sind, sehen, daß die Unternehmer viel verdienen und wollen ihren Anteil an dem großen Beutezug haben. Zwei-hundert Arbeiter der Lebensmittelzentrale der Regierung in Northampton sind gestern in den Ausstand getreten. Truppen der Territorialarmee ver-richten vorläufig die Arbeit.

Indianerunruhen in Nordamerika.

London, 26. Febr. (B. V. Nichtamtlich.) Die „Daily News“ melden aus New York: Aus Denver wird berichtet, daß im In-dianerreservat an der Grange des Staates Utah ernsthafte Unruhen ausgebrochen sind. Es fanden mehrere Gefechte statt, in welchen ein Weißer getötet wurde. Die Stadt Bluff wurde von den kriegsgeübten Indianern umzingelt und alle Verbindungen abgeschnitten. Man befürchtet ein Massaker. Truppen eilen zu Hilfe.

Laminierkürze in Südrussland.

Genf, 26. Febr. (B. V. Nichtamtlich.) Meldung der Schwei-zerischen Depeschengeneratoren. Im Gebiet von Grenoble sind zahl-reiche Laminieren niedergegangen, die Überschwemmungen ver-ursachen. Fabriken und Elektrizitätswerke wurden stillgelegt und der Verkehr stellenweise unterbrochen. Mehrere Züge blieben stecken. Da der Schneeeisurm andauert, ist eine Besserung der Lage vorläufig nicht zu erwarten. Der Schaden ist bedeutend.

Briefkasten der Redaktion.

B. K., Rahl. Mein, diese Pottier hat noch nicht stattgefunden.
J. B., Wiesbaden. Wenden Sie sich doch an das Arbeiter-sekretariat in Wiesbaden.
H. J. in R. 1. Wenn 6 vollendete Dienstjahre nachgewiesen werden können, haben Ihre Eltern Anspruch auf Auswanden-t-schuldung. 2. Der Antrag ist beim Bürgermeisteramt einzulegen. 3. 300 Mk.
C. L. in Hettlin. Die Militärbehörde gibt auf diese Frage keine Antwort.
D. St. in Hettlin. Lassen Sie Ihren Sohn ruhig in der Lehre. Der Vertrag muß ein-gehalten werden.
A. R. in Hettlin. Ja.
M. S. Wenn die Ehe rechtsgültig ist, ist die Frau pensions-berechtigt.
2. 49. Pensionsunzulässig. Krankheiten des Herzens, welche die körperliche Leistungsfähigkeit wesentlich nicht beeinträchtigen.
H. 62. Dienstunzulässig. Wesentliche Fehler der größeren Gelenke.
A. 49. Geringe körperliche Fehler. Dienstfähig.

Wiesbadener Theater.

Kessenz-Theater.

Samstag, 27. Febr., 7 Uhr (Neuzeit): „Der guttuhende Frosch“.
Königliches Theater.
Sonntag, 27. Febr., 7 Uhr: „Doffmanns Erzählungen“.
Sonntag, 28. Febr., 6½ Uhr: „Oberon“.
Montag, 1. März, 7 Uhr: „Wie die Alten sangen“.